

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 173 / 2014

Kiel, Mittwoch, 9. April 2014

Innen / Wohnungsbau

Christopher Vogt: Die Landesregierung muss sich aktiv gegen immer weiter steigende Bau-, Bürokratie- und Energiekosten einsetzen

In seiner Rede zu TOP 22 (Wohnungsbau) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die sieben aufgeführten Forderungen, die die CDU-Fraktion in ihrem Antrag zur Wohnungsbaupolitik formuliert hat, können wir so unterschreiben. Die regierungstragenden Fraktionen bringen beim Thema Wohnungsbau immer wieder den alten Irrglauben zum Vorschein: Mit Preisvorgaben – das lehren uns Erfahrungen aus der Vergangenheit und aus anderen Ländern – kann man sich zwar kurzfristig politisch schön inszenieren, aber eine tragfähige Lösung des Problems erreicht man damit nicht. Im Gegenteil: Man verschärft es vielmehr noch.

In den Wohnungsmärkten mit erheblichen Mietsteigerungen tritt ein entscheidendes Problem auf: Nämlich der Mangel an Wohnraum. Und diesem Mangel kann nicht durch die Begrenzung von Preissteigerungen, sondern nur durch die Schaffung neuen Wohnraums auf Dauer wirksam begegnet werden.

Ich möchte – um Ihnen meine Position vielleicht etwas näherbringen zu können – gerne einen interessanten Artikel zu diesem Thema zitieren. Es wurde zuletzt ja sehr viel Kritisches dazu geschrieben. Ich habe extra einen Artikel von ‚Spiegel Online‘ gewählt, damit Sie mir nicht vorwerfen können, ich würde hier aus der marktliberalen Kampfpresse zitieren. ‚Spiegel Online‘ hat am 5. November 2013 einen Artikel mit dem schönen Titel ‚Die Mietpreisbremse hilft nur den Reichen‘ veröffentlicht. Ich zitiere daraus:

„Doch leider zeigt sich am Beispiel Mietpreisbremse einmal mehr ein chronisches Leiden der Politik: Es wird nur der Status quo betrachtet, aber nicht die Auswirkung der Regulierung. Wer diese Folgen im Falle der Mietpreisbremse analysiert, der erkennt: Es handelt sich um Placebopolitik.“

Und weiter:

„Die vielbeklagte Gentrifizierung, also das Verdrängen alteingesessener Mieter durch wohlhabende Zugezogene, könnte sich noch verschärfen. (und weiter) Ein Beispiel aus der Praxis macht es deutlich: Bei der Besichtigung einer 100-Quadratmeter-Wohnung im schicken Berliner Stadtteil Mitte erscheinen 50 Bewerber. Die bisherigen, langjährigen Mieter haben für die Vierzimmerwohnung 600 Euro bezahlt, nun will der Vermieter zwölf Euro pro Quadratmeter nehmen, also 1200 Euro im Monat. Den Zuschlag erhält der solventeste Bieter, ein Doppelverdiener-Ehepaar ohne Kinder, das 6000 Euro netto monatlich zur Verfügung hat. Nun kommt die vermeintlich segensreiche Preisbremse, die Miete darf also höchstens zehn Prozent über dem Wert des Mietspiegels liegen, das entspricht gut sieben Euro. Die Wohnung kostet statt 1200 künftig 700 Euro.“

Ich möchte meine Ausführungen an dieser Stelle verkürzen und muss diejenigen, die glauben, dass nun das Rentnerpaar, der Polizeibeamte im mittleren Dienst oder die alleinerziehende Altenpflegerin die Wohnung erhalten werden, leider enttäuschen. Die Wohnung wird dennoch das Doppelverdiener-Ehepaar ohne Kinder erhalten und das auch noch zu einem deutlich geringeren Preis.

So schreibt ‚Spiegel Online‘ auch weiter:

„So lange die Nachfrage das Angebot übersteigt, haben die Schwächeren, die mit geringem Einkommen und vielen Kindern, auf dem Mietmarkt immer das Nachsehen. Ihre Lage wird mit der Mietpreisbremse eher noch aussichtsloser. (...) Folglich ist das als soziale Er rungenschaft gepriesene Vorhaben nicht mehr als ein Noch-mehr-Netto-Projekt für die Oberschicht und die gehobene Mittelschicht.“

Der Autor hat hier den wunden Punkt getroffen. Mehr Wohnraum und nicht mehr Vorgaben muss die Losung lauten. Herr Minister Breitner, Sie haben am 11. September 2013 im Wirtschaftsausschuss erklärt, dass es in Ihrem Hause Überlegungen gebe, im Hinblick auf bezahlbaren Wohnraum die landesplanerischen Vorgaben zu lockern. Herr Minister, das wäre die richtige Maßnahme, um die Lage in den angespannten Regionen zu entspannen.

Der Minister glänzt an dieser Stelle bisher durch Unterlassung – schlimm genug. Aber Herr Breitner ist damit bei der Landesregierung immer noch auf der Positivseite zu vermerken. Andere verschärfen das Problem noch, indem sie einerseits Vermieter an den Pranger stellen, zugleich andererseits aber selbst mit einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer dafür beitragen, dass die Wohnraumkosten kräf-

tig steigen. Und da hört es leider nicht auf: Die zuständige Kulturministerin bringt ein Denkmalschutzgesetz auf den Weg, das die wirtschaftliche Nutzung von Denkmälern erschweren wird.

Bevor die Landesregierung Eigentümer und Vermieter drangsaliert und an den Pranger stellt, sollte sie ihre Hausaufgaben machen und dazu beitragen, dass das Wohnen in Schleswig-Holstein überall bezahlbar bleibt. Es wäre schon viel getan, wenn sie sich dazu durchringen könnte, Maßnahmen, die Verteuerung von Wohnraum zur Folge haben, zu unterlassen. Besser wäre ein aktiver Einsatz gegen immer weiter steigende Bau-, Bürokratie- und Energiekosten.“